

Zur Situation der Christen im Irak

Die Christen haben im Irak als größte religiöse Minderheit (neben rund 96 % Muslimen) zur Zeit einen Anteil von knapp 3 % an der nach irakischen Angaben mit rund 23 Millionen bezifferten Gesamtbevölkerung. Sie sind seit jeher besonders stark in der städtischen Mittelschicht vertreten. Häufig stellen sie Ärzte, Rechtsanwälte und Ingenieure, im Hotelgewerbe und in der Erdölindustrie haben sie nahezu eine Monopolstellung inne; seit dem ersten Golfkrieg (1980 - 1988) ist ihr Anteil auch in der Armee stark gestiegen. Insgesamt sind die Christen am öffentlichen und kulturellen Leben überproportional beteiligt. Sie partizipieren an der Politik, haben Vertreter im Parlament und in politischen Ausschüssen; der bekannteste christliche Politiker ist der Chaldäer und derzeitige Vize-Premierminister Tariq Aziz (Michael Yuhanna mit christlichem Namen).

Die irakische Religionspolitik

Nach der vorläufigen Konstitution von 1968, ihrer Erweiterung und Erneuerung von 1970 und der Verabschiedung von Teilen einer neuen permanenten Verfassung 1990 ist der Irak ein laizistischer Staat, der trotz des Islam als Staatsreligion die Gleichheit aller Bürger, insbesondere Religions-, Rede- und Meinungsfreiheit garantiert. Jede Diskriminierung von Rasse, Religion oder Sprache ist ausdrücklich verboten. Den Kurden wird seit 1974 eine Autonomie eingeräumt, allen anderen Minoritäten sind Minderheitenrechte innerhalb der arabischen Einheit zugesichert.

Die Baath-Partei hält zwar an ihrem Grundsatz der Nicht-Einmischung des Staates in die Religion und umgekehrt fest, zugleich bemüht sich Saddam Hussein aber unter dem Eindruck der Re-Islamisierung, vor allem seit dem ersten Golfkrieg, um eine Verbesserung des Verhältnisses zum Islam, um den von der islamischen Opposition erhobenen Vorwurf des Atheismus zu entkräften. Die Regierung stützt sich aber, vor allem wegen der schiitischen und kurdischen Opposition, vermehrt auf die Christen, an erster Stelle auf die Chaldäer, die sich weitgehend loyal verhalten.

Die grundsätzlich positive Haltung des Regimes zum Christentum äußert sich u. a. darin, dass den Kirchen wie den Moscheen kostenlose Leistungen, etwa Wasser und Strom, vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus gibt es staatliche Subventionen, z. B. für den Kirchenbau und -erhalt oder den Wiederaufbau von Bischofshäusern.

Für die nicht-moslemischen Minderheiten ist ein Regierungsbüro für religiöse Angelegenheiten zuständig mit einem Mitarbeiter für ausschließlich christliche Belange. Alle Verwaltungsvorgänge bezüglich Kirchen-, Eigentums- oder Personenstandsrechts werden von einem zivilen Gerichtshof geregelt; d. h. auch in jedem Gericht gibt es einen Richter, der für Nicht-Moslems zuständig ist und mit den partikulären Gewohnheiten der einzelnen Gemeinschaften vertraut ist. Nationalisierung des Kirchenbesitzes und Verbeamtung der Priester sind seit 1981 gesetzlich vorgesehen, werden aber bisher nicht umgesetzt. Die Namen der Vertreter der Diözesanleitungen bzw. religiöser

Gemeinschaften müssen jedoch im offiziellen Regierungsblatt veröffentlicht und ihr Rechtsstatus muss von der Regierungsspitze bestätigt werden.

1972 wurden per Dekret für die Christen drei religiöse Feiertage, nämlich der 25. Dezember und zwei Tage an Ostern, eingeführt. Ein eigener christlicher Rundfunk ist nicht erlaubt, es können aber christliche Rundfunkprogramme in arabischer Sprache von ausländischen Sendern empfangen werden. Christlicher Religionsunterricht wird in allen staatlichen Schulen angeboten, in denen christliche Schüler zu mehr als 25 % vertreten sind, also vor allem im Norden des Landes. Christliche Schüler in staatlichen Schulen mit christlicher Minderheit unter 25 % werden von kirchlichen Stellen außerhalb des Unterrichts, aber nur unregelmäßig, etwa zur Kommunionvorbereitung, unterrichtet. In den Schulen mit ausschließlich moslemischem Religionsunterricht können die nicht-moslemischen Schüler vom Religionsunterricht dispensiert werden. Dies gilt natürlich auch umgekehrt für Moslems in mehrheitlich christlichen Schulen. Erwähnt sei hier, dass trotz der Embargo-Folgen der Schulbesuch nach wie vor kostenlos ist und allen offen steht, und zwar für die Grund-, Sekundar- und Oberstufe.

Die Zusammensetzung der irakischen Christenheit

Neuere Schätzungen gehen von einem Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung des Irak von knapp 3 % aus, und zwar mit der höchsten Konzentration in den Städten; danach verteilen sich 52 % aller Christen auf die Stadt Bagdad und ihre Umgebung, 30 % auf Mossul und Umgebung und 18 % auf Basra und Umgebung. Für die einzelnen christlichen Kirchen ergeben sich nach Schätzungen aus dem Jahr 1996 die nachstehend aufgeführten Anteile. Aufgrund der in den vergangenen Jahren angestiegenen Auswanderung dürften die heutigen Zahlen im Irak allerdings etwas niedriger liegen:

Apostolische und Katholische Kirche des Ostens (Ost-Syrer, auch "Nestorianer" und "Assyrer" genannt): zwischen 20.000 und 115.000 im Irak (weltweit zwischen 150.000 und 200.000).

Syrisch-Orthodoxe Kirche (auch "West-Syrer" oder "Jakobiten" genannt): zwischen 20.000 und 50.000 im Irak

Armenisch-Apostolische Kirche (auch "Gregorianische Kirche" genannt): ca. 18.000 im Irak

Griechisch-Orthodoxe Kirche: zwischen einigen hundert und 2.000 im Irak

Koptische Kirche: ca. 2.000 im Irak (vor allem im Land verbliebene ehemalige Gastarbeiter aus Ägypten und anderen arabischen Ländern).

Die **unierten (katholischen) Christen**, deren Kirchen größtenteils aus Abspaltungen von den orientalischem-orthodoxen Kirchen entstanden sind, machen knapp 90 % aller Christen im Irak aus.

Die **chaldäische Kirche** ist mit fast 63 % aller Christen die größte Kirche im Irak. Nach dem Stand vom 31.12.1996 betrug ihre Zahl 202.998 Gläubige. Das "Patriarchat von Babylon", so der offizielle Name, hat seinen Sitz in Bagdad, Patriarch wurde 1989

Raphael I. Bidawid. In Bagdad gibt es 30 Pfarreien mit insgesamt etwa 150.000 Gläubigen. 9 weitere irakische Diözesen sind die Metropole Kirkuk, die Erzbistümer Arbil, Basra und Mossul, die Suffragane Alqosh, Amadiya, Aqra, Sulaimaniya und Zakhu. Es gibt 7 Bischöfe, einen weiteren emeritierten sowie 2 Patriarchaladministratoren für die Bistümer Sulaimaniya und Zakhu, da die Zahl der Gläubigen dort in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Insgesamt hatten die Chaldäer 1996 im Irak 71 Pfarreien mit 678 Weltpriestern, 3 Neupriestern und 3 Ständigen Diakonen, darüber hinaus 46 Seminaristen, 5 Ordenspriester und 12 weitere männliche sowie 154 weibliche Religiöse. Die chaldäische Kirche unterhält im Irak 2 Bildungseinrichtungen, darunter das Babel-Kolleg, das Philosophie und Theologiestudien anbietet, und 13 Wohltätigkeitseinrichtungen, darunter seit Ende des zweiten Golfkrieges die Caritas Irak. Es gibt ein Seminar in Bagdad und ein bi-rituelles (chaldäisch-syrisch-katholisches) in Mossul. Unter chaldäischer Herausgeberschaft erscheinen drei christliche Zeitschriften, die insbesondere auch für die theologische Bildung besonders wichtig sind, da eine Einfuhr von Literatur aus dem Ausland quasi unmöglich ist. 1971 gründete sich die Bewegung Al-Rabita al-Kahnutiya al-Kaldaniya (= Chaldean Sacerdotal Alliance), deren Ziel die Erneuerung des Apostolats im Geist des Zweiten Vatikanums ist.

Die unierte west-syrische, auch syrianische oder **syrisch-katholische Kirche** des Irak genannt, gehört mit ihren 2 Diözesen Bagdad und Mossul zum Patriarchat von Antiochien mit Sitz im Libanon. Die Gesamtzahl ihrer Mitglieder betrug 1996 nach eigenen Angaben 52.450 Gläubige in 10 Pfarreien. Man zählte 1.028 Taufen, 29 Weltpriester, 1 Neupriester, 3 Ständige Diakone, 11 Seminaristen, 21 Ordensschwestern und 4 caritative Einrichtungen.

Die **armenisch-katholische Kirche** im Irak hat einen Bischofssitz in Bagdad mit einer Pfarrei und 2 Kirchen; sie zählte 1996 2.200 Gläubige; im gleichen Jahr gab es 11 Taufen, 3 caritative Einrichtungen wurden unterhalten. Jurisdiktionell gehört die Diözese zum armenisch-katholischen Patriarchat von Kilikien mit Sitz in Beirut.

Die **unierte-melkitische Kirche** hat kein eigenes Bistum im Irak, sondern lediglich ein Patriarchalvikariat in Bagdad und nur eine Gemeinde mit einem Priester dort. Jurisdiktionell gehören sie zum Patriarchat von Antiochien, Alexandrien und Jerusalem mit Sitz in Damaskus. Die Zahl der Gläubigen wird auf ca. 500 geschätzt.

Der lateinischen, d. h. **römisch-katholischen Kirche** im Irak gehören überwiegend Ausländer an, die im Irak arbeiten und darüber hinaus vor allem Angehörige westlicher Ordensgemeinschaften. Die Ausländer dürfen sich nur fünf Jahre im Irak aufhalten und werden durch die Geheimdienste überwacht. Es gibt einen Bischofssitz in Bagdad mit 3 Pfarreien; von mehreren 10.000 Gläubigen vor dem Golfkrieg waren 1996 noch 3.000 im Land mit 10 Ordenspriestern, 11 nicht-ordinierte Religiösen und 168 Schwestern. Im gleichen Jahr gab es 17 Taufen; 1 Bildungs- und 6 Wohltätigkeitseinrichtungen wurden unterhalten.

Nach neueren Schätzungen machen die **protestantischen und anglikanischen Kirchen** weniger als 1 % aller Christen im Irak aus. Die Schätzungen der Zahl der Gläubigen schwanken zwischen 2.000 und 10.000, vermutlich in Abhängigkeit davon, welche Gemeinschaften überhaupt berücksichtigt werden.

Kritik an der Haltung der Christen

Die auch im Irak spürbare Re-Islamisierung ist bisher kaum vergleichbar mit der in anderen orientalischen Staaten. Wenn auch das Regime versucht, sich dem Islam anzunähern, hat es bisher dennoch seine laizistische Politik nicht aufgegeben, d. h. die Christen genießen grosso modo einen gewissen Schutz. Dies führt dazu, dass die Christen in Saddam Hussein gewissermaßen einen Garanten für ein relativ freies religiöses Leben sehen. Von westlicher Seite wird ihnen das vielfach als ein Sich-vom-Regime-instrumentalisieren-und-mißbrauchen-lassen vorgehalten.

Aus dem Munde eines nicht namentlich genannten irakischen Bischofs stammt der Satz: "Bis zu den Golfkriegen war Saddam Hussein gut zu den Christen, jetzt ist er nicht schlecht". Was nicht offen ausgesprochen wird, ist die Frage nach der Zukunft: Wie wird Saddam Hussein sich zukünftig gegenüber den Christen verhalten? Oder - was noch mehr Ängste auslösen dürfte -: Wie wird die Lage der Christen im Irak sein, wenn es Saddam Hussein nicht mehr gibt? Bezeichnend ist die Aussage des Jesuiten Georg Stoll: "So absurd es klingen mag: für die Christen im Irak ist das gegenwärtige Terrorregime immer noch das kleinere Übel. Weder von einem Auseinanderfallen des Landes noch von einer islamischen Revolution hätten sie Gutes zu erwarten".

Repressalien einer verstärkten Islamisierung

Dass die irakische Regierung die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit, soweit decken sich die Aussagen aller ernst zu nehmenden Quellen, weitgehend zu schützen scheint, kann dennoch nicht darüber hinweg täuschen, dass es in einer verstärkt islamischen Gesellschaft in den vergangenen Jahren zunehmend zu Zusammenstößen zwischen Muslimen und Christen vor allem in zwei Regionen gekommen ist. Zum einen im Süden des Irak, wo es immer schon zu Übergriffen auf Christen von schiitischer Seite kam. Weitere Konflikte scheinen vorprogrammiert durch den steigenden Anteil der Christen an der Bevölkerung im Süden, vor allem in Basra, aufgrund von Auswanderung aus dem Norden. Hintergrund der Übergriffe: die Christen gelten auf schiitischer Seite als Väter des sozialistischen Laiizismus. Der zweite Brennpunkt liegt im Norden des Irak, wo es zu Übergriffen von Seiten sunnitischer Kurden auf Christen kommt. Gerade hier dokumentiert sich, dass der vordergründige Schutz der Christen nicht in muslimischer Toleranz als vielmehr in der Überwachung durch die Geheimdienste seine Gründe hat. Seit 1994 haben im Nordirak die Morde an Christen, vor allem an denen, die sich politisch engagieren oder am öffentlichen Leben teilhaben, zugenommen. Immer häufiger kommt es auch zur Entführung und Vergewaltigung von jungen Mädchen und Frauen. Eine Häufung von Anschlägen findet sich vor allem im Fastenmonat Ramadan, was auf religiöse Motivierung der Übergriffe schließen lässt.

In den großen Städten des Irak, in denen die Christen nicht mehr als geschlossene, homogene Gruppe leben, findet man eine subtile Form von Drangsalierung. Man darf nicht vergessen, dass der Islam, trotz der laizistischen Politik, Staatsreligion im Irak ist, was u. a. bedeutet, dass trotz eines modernen Rechtssystems muslimisches Recht bis weit in das Zivilrecht hinein wirkt und schon von daher eine Ungleichheit zwischen Moslems und Nicht-Moslems geschaffen wird. So ist etwa eine Schenkung eines Christen an einen Muslim zulässig, umgekehrt gilt dies aber nicht. Eine muslimische Eheschließung hat zivilrechtlichen Status, eine christliche erfordert eine zusätzliche zivile Trauung. Christen können generell Muslime nur heiraten, wenn sie konvertieren.

Konvertiert nur ein Partner einer christlichen Ehe, werden die Kinder dieser Verbindung automatisch Muslim. Der Übertritt zum Christentum ist untersagt, umgekehrt wird aber moralischer Druck auf Christen ausgeübt mit dem Ziel der Konversion zum Islam. Hauptmotiv für solche Konversionen ist zum einen eine Eheschließung mit einem muslimischen Partner oder aber - und diese Motivation nimmt zu - die Inanspruchnahme materieller Unterstützung muslimischer Organisationen im Kontext der ökonomischen Misere aufgrund des Embargos.

Die Situation nicht-arabischer Christen

Die Bevölkerung des Irak besteht zu 70 - 75 % aus Arabern. Wesentliche Elemente der Baath-Ideologie sind der arabische Sozialismus, der eine neue Gesellschaftsordnung für die Araber anstrebt, sowie der Panarabismus, dessen Ziel die Vereinigung aller Araber ist. Das hat weitreichende Konsequenzen für eine Reihe ethnischer Minderheiten. Die mit etwa 18 - 20 % an der Gesamtbevölkerung größte und in der Öffentlichkeit bekannteste Gruppe ist die der muslimischen Kurden. Weit weniger bekannt ist, dass es auch zwei christliche nicht-arabische Ethnien im Irak gibt. Das ist zum einen die relativ kleine Gruppe der Armenier, die im Irak kaum als politische Größe auftritt, sodass man ihren sprachlichen und kulturellen Partikularismus respektiert. Auch die armenischen kirchlichen Hierarchien verhalten sich strikt loyal gegenüber den staatlichen Autoritäten, was ihnen die Freiheit der Religionsausübung weitgehend sichert. Anders ergeht es der ehemals relativ großen Gruppe der sich selbst als "Assyrer" bezeichnenden christlichen Ethnie. Vordergründig unterscheiden sich die "Assyrer" von den Arabern wie die übrigen ethnischen Minderheiten durch die Sprache; sie sprechen nach wie vor einen aramäischen Dialekt, der ihnen zwar zuerkannt, jedoch nicht (wie das Kurdische) in ihren Siedlungsgebieten auch als Landessprache betrachtet wird. Was ihre Lage so problematisch macht, sind ihre mit dem arabischen Sozialismus im Widerstreit liegenden Autonomie-Ansprüche.

Die Folgen des UNO-Embargos

Nach dem Einmarsch Iraks in das Emirat Kuwait im August 1990 verhängte die UNO mit der Resolution 660 gegenüber dem Irak eine Wirtschaftsblockade, die bis heute weitgehend, bis auf wenige illegale Ölexporte, eingehalten wird. Zur Aufhebung verlangt die UNO eine kontrollierte Abrüstung und die Zahlung von Reparationen. Das hat die Wirtschaft des Irak fast völlig lahmgelegt. Die Folgen trägt die Gesamtbevölkerung, natürlich auch die Christen. Mehr als die Hälfte der Bewohner des Irak ist arbeitslos und in den Städten leben zahlreiche Flüchtlinge, vor allem aus dem Norden als Obdachlose.

Während in den ersten Jahren noch auf Reserven zurückgegriffen werden konnte - gerade die weitgehend zur Mittelschicht gehörenden Christen verfügen über höhere Rücklagen -, werden die Folgen des Embargos mit der Zeit immer drastischer. Die Lebensmittelrationen reichen nicht einmal, um die Hälfte des notwendigen Kalorienbedarfs zu decken und in den Zuteilungen sind weder Fisch noch Eier noch Fleisch enthalten, was zu einem Kalorien- und Proteinmangel in der Ernährung führt. Die Preise auf dem blühenden Schwarzmarkt sind für Normalverdiener jedoch unerschwinglich. Die meisten Familien haben daher inzwischen ihr Mobiliar und ihren Familienschmuck verkauft, um ihre Not bekämpfen zu können. Und da selbst die

bewaffneten Angestellten der staatlichen Sicherheitskräfte oft von ihrem Lohn nicht mehr leben können, haben Straßenkriminalität und Korruption stark zugenommen. Die gesamte Bevölkerung leidet unter Hunger und Krankheit.

UNICEF weist darauf hin, dass die Kinder im Irak bis heute am härtesten unter den Konsequenzen des Golfkrieges Anfang der 90er Jahre und den darauf folgenden Sanktionen leiden. 13 % der Kinder sterben vor ihrem fünften Geburtstag. Die Hauptursachen sind Durchfall und Atemwegserkrankungen. Insbesondere der schlechte Ernährungszustand und die unzureichende Wasserversorgung bedrohen die Kinder. So sind nahezu ein Viertel der Kinder chronisch mangelernährt. Von 1000 Neugeborenen sterben 130. Die Zahl der Kinder, die vor dem fünften Lebensjahr sterben, hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. 25 Prozent der Kinder im Grundschulalter gehen nicht zur Schule. Ein Viertel der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Wasser.

Der chaldäische Patriarch Raphael I. Bidawid veranlasste 1992 die Gründung der irakischen Caritas mit Hauptsitz in Bagdad, die sich auf christlicher Seite besonders bei den Hilfsmaßnahmen hervortut. Getragen wird die irakische Caritas von allen vier katholischen Gemeinschaften. Nach eigenen Angaben ist die Caritas Irak die einzige der kirchlichen oder privaten Hilfsorganisationen, die in allen Landesteilen humanitäre Hilfe leisten kann.

Sozialhilfe erfolgt im Irak auch durch einzelne Kirchengemeinden, die mit Hilfsprogrammen die Bedürftigsten unterstützen; die Maßnahmen liegen im Bereich der nötigsten Grundversorgung. Eine Gruppe, die darauf angewiesen ist, sind beispielsweise die Kopten in Bagdad. Die knapp 300 koptischen Gastarbeiterfamilien, die noch in der Stadt leben, erhalten als Ausländer keine staatlichen Lebensmittelrationen und sind deshalb völlig von einer Hilfe von außen abhängig.

Zu den nicht-irakischen Nicht-Regierungsorganisationen, die im Nordirak tätig sind, gehört u. a. die Caritas International, die konfessionsübergreifende Hilfe anbietet. Sie arbeitet mit der irakischen Caritas zusammen, die als einzige Organisation von Bagdad aus in den Nordirak gelangt.

Stellungnahmen gegen das Embargo

Über konkrete Hilfsmaßnahmen hinaus werden die irakischen Kirchen nicht müde, darauf hinzuweisen, dass das UNO-Embargo nur der Bevölkerung schadet. Sie appellieren nicht nur an die Christen in aller Welt um finanzielle Unterstützung, sondern weisen auch die Weltöffentlichkeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Unmenschlichkeit des Embargos hin.

Die Appelle der irakischen Kirchenführer finden durchaus auch Unterstützung außerhalb des Landes. In Artikel 10 einer gemeinsamen Erklärung der Patriarchen der orientalisches-orthodoxen Kirchen vom März 1998 fordern diese die sofortige Aufhebung der von der UNO verhängten Sanktionen über den Irak. Ein überzeugter Gegner des Embargos wie auch militärischer Maßnahmen ist auch Papst Johannes Paul II.

Abschließend muss konstatiert werden, dass im Grunde weder das Embargo noch Militärschläge in sieben Jahren eine Veränderung der irakischen Politik bewirken konnten. Im Gegenteil, sie haben zu einer stärkeren nationalen Identifikation gegen den

Westen geführt, dessen "Strafen" als ungerecht angesehen werden - und zwar unter Muslimen wie unter Christen.

Hat das irakische Christentum eine Zukunft?

Die Verluste, die das mesopotamische Christentum quer durch alle Konfessionen in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlitten hat, sind enorm. Eine große Zahl überwiegend junger Männer ist in den langen Jahren des ersten Golfkriegs gefallen. Über die Verluste während des zweiten Golfkriegs lassen sich im Grunde noch keine Aussagen treffen, aber auch hier dürfte gerade im militärischen Bereich eine große Zahl von Christen ihr Leben gelassen haben, da sie im Militär, auch unter den Offizieren stark vertreten waren. Die Verluste äußern sich im Verhältnis Männer-Frauen, das unter den Christen zur Zeit bei 1:8 liegt, was dazu führt, dass viele junge Frauen Muslime heiraten und damit die Zahl der Christen auf diesem Wege weiter abnimmt. Schließlich sind natürlich auch die Christen von den Verlusten infolge des Embargos betroffen.

Ein noch größerer Faktor der Verringerung bildet die Auswanderung. Schon immer gehörten die Christen zu der sozialen Schicht, die sich am ehesten eine Auswanderung finanziell leisten konnte. Ein wirklicher Exodus begann aber erst mit dem Krieg zwischen dem Irak und dem Iran. Die Tendenz zur Emigration hat sich seit 1990 jedoch um ein Vielfaches verstärkt. Immer wieder wird betont, dass es ökonomische Gründe infolge des Embargos, weniger die staatliche Unterdrückung und schon gar nicht religiöse Diskriminierung seien, welche die Menschen heute forttreiben.

Wer als Iraker ins Ausland will, muss zur Zeit eine hohe Gebühr bezahlen - was für die meisten sowieso unbezahlbar ist - und darf nur einen kleinen Betrag in Devisen mitnehmen. Insgesamt wird es immer schwieriger, ein Visum zu erhalten; Ärzte und Ingenieure dürfen überhaupt nicht ausreisen. Die Patriarchen und Bischöfe sind angewiesen, Ausreisewillige nicht zu unterstützen und für ein Verbleiben im Land zu werben. Daher fliehen die meisten illegal über die Grenzen, was auch schon zu Toten geführt hat.

Neben der Emigration gibt es auch eine Migrationswelle innerhalb des Landes, und zwar aus dem Norden in den Süden, vor allem nach Bagdad und Basra. Eine erste Wanderungsbewegung wird in Zusammenhang gebracht mit den Kurdenrevolten im Norden. Eine zweite Welle setzte mit dem ersten Golfkrieg ein und dauert bis heute an. Insgesamt hat sich die Zahl der Christen im Nordirak von 1961 bis 1995 von 1 Million auf etwa 150.000 verringert. In den letzten Jahren sind allerdings unter den Christen, die aus dem Norden in den Süden abgewandert sind, Tendenzen für eine Rückwanderung zu erkennen, die von verschiedenen Hilfsorganisationen auch mit Rücksiedlungsprogrammen eigens unterstützt werden.

Der Exodus in die Städte hat zu einem Aufbrechen der traditionellen Familienstrukturen und auch zu einer Schwächung des Zusammenhalts der Gemeinden und des Einflusses der Kirchen im Leben der Gläubigen geführt. Laiizismus und Modernismus, die vom Regime gefördert wurden, haben auch im Christentum Einzug gehalten. Nach Angaben der irakischen Caritas sind zwar 80 % der Christen innerhalb der Kirchen aktiv, und das Leid hat den Bezug zur Kirche und zum Glauben wieder enger werden lassen; auf der anderen Seite haben im gesamten Land die Menschen vielfach nicht mehr die finanziellen Mittel, überhaupt ihre Gemeindegemeinden zum Gottesdienst zu

erreichen. Hinzu kommen pastorale Probleme, der Bruch zwischen dem überalterten konservativen Klerus und den der Moderne gegenüber aufgeschlossenen Laien wird immer größer. Es mangelt überhaupt an Priestern und vor allem auch an theologischer Ausbildung.

Auf politischem Gebiet existieren zwei divergierende Linien in allen Konfessionen: die eine, die sich der Opposition angeschlossen hat und den Separatismus unterstützt, die andere, die zu großen Kompromissen mit dem Regime bereit ist. Diese Zerrissenheit gefährdet das mesopotamische Christentum von innen her. Patriarch Raphael I. Bidawid wird mit seinem dynamischen und vermittelnden Engagement in diesem Zusammenhang für die Gesamtheit des irakischen Christentum von vielen als ein Hoffnungsträger angesehen.

Bonn, 07.03.2003

Bereich Weltkirche und Migration
des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz